

ANALYSE DES IMK ZU DEN FOLGEN DER EUROPA-WAHLEN

EINSCHÄTZUNG ZU DEN AUSWIRKUNGEN ZUR HANDELSPOLITIK (PROF. DR. SEBASTIAN DULLIEN, WISSENSCHAFTLICHER DIREKTOR)

Zwar haben in der Summe europaskeptische Parteien nicht ganz so stark abgeschnitten wie es zeitweise befürchtet worden war, in der Summe ist aber ihr Gewicht im Europäischen Parlament spürbar gestiegen. Zudem haben die traditionell großen Parteien, S&D und die EVP verloren, sodass das Parlament fragmentierter ist als bisher. Gleichzeitig zeigt die deutlich gestiegene Wahlbeteiligung, dass Europa als Thema für die Bürgerinnen und Bürger wichtiger geworden ist. Auch wenn eine konstruktive Politik auf der EU-Ebene damit glücklicherweise nicht blockiert ist, erschwert dieses Wahlergebnis die Kompromissfindung in einigen Politikbereichen. Mit der neuen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments wird es für die EU schwieriger, weitreichende Handelsabkommen insbesondere mit wichtigen Volkswirtschaften wie den USA abzuschließen. Die euroskeptischen Kräfte, die im Europäischen Parlament hinzugewonnen haben, sind oft nicht nur skeptisch gegenüber der EU eingestellt, sondern auch gegenüber weiteren Handelsliberalisierungen. Damit wird es schwieriger, etwa für ein Handelsabkommen mit den USA im EP eine Mehrheit zu bekommen.

Der Erfolg der europaskeptischen Kräfte bei den Europawahlen wird aber auch die gemäßigten Kräfte in den Mitgliedsstaaten dazu treiben, ihre Positionen bei Handelsabkommen zu überdenken und zum Teil an die europaskeptischen Positionen anzunähern. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass auch Nationalregierungen aus moderaten Parteien künftig skeptischer gegenüber weitreichenden Handelsabkommen sein werden als in der Vergangenheit. Damit wird die Ratifizierung von Handelsabkommen nicht nur im Europäischen Parlament, sondern auch durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten unwahrscheinlicher.

Als Folge erhöht das Ergebnis der Europa-Wahlen die Gefahr einer Zuspitzung des Handelskonflikts zwischen den USA und der EU: Donald Trump hat seine angedrohten Automobilzölle aufgeschoben und verlangt ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU. Ein solches Abkommen – das, wie man bei den Verhandlungen zu TTIP gesehen hat, ohnehin nicht ohne Risiken und politisch schwer durchzusetzen wäre – ist mit den Wahlen noch einmal problematischer geworden. Damit wird es für die Europäer schwer, die Forderungen Donald Trumps zu erfüllen und das Risiko der Einführung der Auto-Zölle steigt.“

REFORM DER WÄHRUNGSUNION (DR. ANDREW WATT, EUROPA-EXPERTE IMK)

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung seit 2013 ist die unmittelbare Bedrohung für den Bestand der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion abgeklungen. Diese bleibt aber alles andere als krisenfest. Ein wirtschaftlicher Abschwung oder eine politische Krise in einem Mitgliedsland wie Italien könnte die institutionellen Schwächen schnell wieder zu Tage fördern. Es bleiben erforderlich u.a. Reformen zur Vertiefung der Bankenunion (gemeinsame Einlagensicherung), zur besseren Abschirmung gegen länderspezifische Schocks (Fonds zur Stabilisierung mit einer Ausstattung von makroökonomischer Relevanz) und zur Stabilisierung der öffentlichen Investitionen.

Die Zugewinne der euroskeptischen und anti-europäischen Kräfte im Europäischen Parlament werden die Chancen, dass notwendige Reformen implementiert werden, nicht gerade erhöhen. Viele dieser Parteien – wie zum Beispiel die AfD in Deutschland – wollen explizit den Euro abschaffen und die Rückkehr zu nationalen Währungen.

Allerdings ist bei der Reformausarbeitung weniger das EP als der Rat bzw. die Eurogruppe (d.h. Vertretungen der nationalen Regierungen) das Nadelöhr. Andererseits spielt aber die Europäische Kommission eine wichtige Rolle in der wirtschaftspolitischen Steuerung. Zum Beispiel überwacht sie die Einhaltung der fiskalischen Regeln und anderer europäischer wirtschaftspolitischer Vorgaben. Gelingt es erstarkten europafeindlichen bzw. –skeptischen Kräften, die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission in ihrem Sinne zu beeinflussen, kann dies eine mittelbare negative Auswirkung haben.

SOZIALPOLITIK (DR. ANDREW WATT)

Der französische Präsident Emmanuel Macron brachte die Formulierung „L'Europe qui protège“ in die Debatte, und im Wahlkampf machten sich viele der angetretenen Parteien von Mitte rechts bis links für die Idee eines „Europa als Schutzmacht“ stark – allerdings mit sehr unterschiedlicher Akzentuierung. Traditionell sind es die Parteien links der Mitte, die ein Soziales (oder Sozialeres) Europa fordern: nicht nur der Ausbau wohlfahrtstaatlicher Regelungen auf der nationalen Ebene, sondern auch Bemühungen auf der europäischen Ebene, die sozialen Standards koordiniert anzuheben, um eine Konvergenz nach oben zu erreichen.

Der Einfluss erstarkter rechts-nationalistischer Parteien auf diesem politischen Feld ist nicht eindeutig ex ante zu bestimmen. Denn hier gibt es bedeutende Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien. Auf dem sozialen Gebiet steht Marine Le Pens

Rassemblement National in der Tradition der fast verschwundenen KP Frankreichs: für Protektionismus und sozialstaatlichen Schutz. Andere Parteien wie die AfD sind sozialpolitisch eher neoliberal ausgerichtet. Gemeinsam ist ihnen aber, dass sie hier den Nationalstaat als allein verantwortlichen Akteur sehen. Auch wenn sie auf europäischer Ebene keine eigene Agenda verfolgen können – denn für eine Rückverlagerung sozialpolitischer Kompetenzen auf die nationale Ebene werden sie keine Mehrheiten finden – besteht die Gefahr, dass sie systematisch versuchen werden, alle Initiativen zu torpedieren, die eine Vertiefung der Integration vorantreiben (Beispiele: Europäische Arbeitsbehörde, Konkretisierung der Säule der sozialen Rechte). Umso wichtiger wäre daher eine konstruktive Zusammenarbeit der grundsätzlich integrationsfreundlichen Parteien im neuen EU Parlament.